

Bangladesh: Gewerkschafts- führerin endlich frei!

Nach viereinhalb Monaten in illegaler Haft ist Mushrefa Mishu, Präsidentin der Textilarbeiterinnengewerkschaft GWUF in Bangladesh, endlich frei gelassen worden. Wie wir berichteten, war sie Mitte Dezember in einer Nacht-und-Nebel-Aktion verhaftet worden – kurz nachdem es zu Massenprotesten gekommen war, weil den Textilarbeiterinnen die versprochene Erhöhung des Mindestlohns nicht ausbezahlt worden war. Weil sie in Polizeigewahrsam misshandelt und ihr die benötigten Medikamente vorenthalten wurden, verschlechterte sich Mishus Gesundheitszustand rapid und sie musste ins Spital gebracht werden. Dort wurde sie rund um die Uhr bewacht und medizinisch nicht richtig behandelt.

Nach Mishus Verhaftung gingen Tausende von Protestmails bei der Regierung in Bangladesh ein. Auch der SOLIFONDS – und viele unserer SpenderInnen – haben die GWUF in der Kampagne für ihre Freilassung unterstützt. Für die breite Unterstützung hat sich die Gewerkschafterin herzlich bedankt: «Ich bin sehr dankbar für eure Unterstützung und euren Kampf für meine Freilassung. Ihr wisst, dass ich am 28. April freigelassen wurde. Jetzt befinde ich mich in einem Spital in Dhaka. Ihr habt sehr viel für mich getan. Es ist wichtig, dass wir zusammen kämpfen und uns gegenseitig unterstützen, ihr habt das mit eurer Solidarität für meine Freilassung vorgemacht. Ich muss mich jetzt vorbereiten auf den juristischen Kampf gegen eine weitere falsche Anklage, die die Regierung und Textilunternehmer gegen mich eingereicht haben, und ich muss dafür sorgen, dass ich wieder gesund werde. Noch einmal herzlichen Dank – gebt meinen Dank an alle eure Freundinnen und Freunde weiter, die für meine Freilassung und für die Rechte der Textilarbeiterinnen gekämpft haben.»

SOLIFONDS
Quellenstrasse 25
Postfach
CH-8031 Zürich
Tel. 044 272 60 37
Fax 044 272 11 18
mail@solifonds.ch
www.solifonds.ch
PC 80-7761-7

Unterstützungsaktion

Indien: Schweizer Konzern Holcim zahlt Hungerlöhne und spielt auf Zeit



Für Holcim die Profite, für die Arbeiter miserable Löhne.

Foto: Le Temps

Im indischen Bundesstaat Chhattisgarh befinden sich Arbeiter des Zementunternehmens ACC-Holcim und ihre Familien seit Anfang April in einer unbefristeten Protestaktion. Vor der Fabrik in der Stadt Jamul demonstrieren die Familienangehörigen und UnterstützerInnen mit einem Sitzstreik, die Arbeiter schliessen sich jeweils nach ihrer Schicht dem Protest an. Am 28. April sind 1000 von 1200 Arbeitern zu Hause geblieben und die Produktion im Betrieb war praktisch stillgelegt.

Hintergrund dieser Proteste ist, dass drei Viertel der Arbeiter der Zementfirma zu Hungerlöhnen arbeiten. Statt dass die Arbeiter feste Arbeitsverträge erhalten würden, sind sie als Temporärarbeiter angestellt und erhalten einen Bruchteil des Lohns von Festangestellten.

Verantwortlich dafür ist der Schweizer Konzern Holcim, eines der weltweit führenden Unternehmen im Zementgeschäft. 2005 hat Holcim die grössten indischen Zementhersteller, Associated Cement Companies Ltd. (ACC) und Ambuja Cement, gekauft und ist damit zur Nummer zwei auf dem boomenden indischen Zementmarkt aufgestiegen. Derselbe Konzern ist bemüht, sich als verantwortungsvoller Arbeitgeber darzustellen: Auf seiner Internetseite schreibt er, dass er die Lebensqualität der Angestellten, ihrer Familien und der Gemeinschaften rund um die Holcim-Betriebe verbessern will. In Chhattisgarh macht er genau das Gegenteil – und setzt sich mit seinem Lohndumping über die indischen Gesetze hinweg. Dafür ist Holcim im März bereits in zweiter Instanz verurteilt worden. Das Oberste Gericht in Chhattisgarh hat festgestellt, dass es sich bei den Temporärarbeitsverträgen um Scheinverträge handelt, und hat Holcim aufgefordert, feste Arbeitsverträge abzuschliessen. Holcim akzeptiert jedoch das Gerichtsurteil nicht und hat es angefochten. Der Konzern spielt auf Zeit.

«Damit sich Holcim endlich mit den Temporärarbeitern an einen Tisch setzt, brauchen wir eure Solidarität», schreibt die Gewerkschaft der Temporärarbeiter, Pragatisheel Cement Shramik Sangh. «Ihr könnt uns unterstützen, indem ihr bei euch, wo der Konzern seinen Hauptsitz hat und um ein gutes Image bemüht ist, bekannt macht, wie er die indischen Arbeiter ausbeutet.» Der SOLIFONDS wird sich deshalb mit einer Solidaritätskampagne dafür einsetzen, dass sich der Zementriese endlich bewegt und die Arbeiter zu fairen Bedingungen anstellt.

Holcim – Weltmarktleader, aber nicht bei Gewerkschaftsrechten

Der Schweizer Zementmulti Holcim gehört im Zementgeschäft zu den «global leaders». 2010 beschäftigte er in 70 Ländern rund 80'000 Personen und erzielte einen Umsatz von 21 Milliarden Franken.

1912 als «Holderbank» von der Industriellenfamilie Schmidheiny gegründet – sie hält bis heute das grösste Aktienpaket – , erweiterte das Unternehmen seine Tätigkeiten rasch auf die ganze Welt aus, unter anderem auch ins Apartheid-Südafrika. 2001 änderte das Unternehmen seinen Namen in «Holcim».

Holcim bemüht sich um ein gutes Image bezüglich Nachhaltigkeit und sozialer Verantwortung, hat den Global Compact unterschrieben und erhält diesbezüglich von der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) gute Noten. Anders sieht die Beurteilung von gewerkschaftlicher Seite aus.

Zwar stellen die Gewerkschaften fest, dass der soziale Dialog in Europa recht gut funktioniert, weil der Organisationsgrad hoch und die Beschäftigten durch Gesamtarbeitsverträge gesichert seien. Bezüglich der anderen Kontinente kritisieren die Gewerkschaften aber, dass Holcim erkläre, die lokal üblichen Arbeitsbedingungen einzuhalten, aber sich nicht ausdrücklich verpflichte, weltweit auch die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO zu respektieren, insbesondere die Organisationsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen. Im Gegenteil: Ausser in Indien beschuldigen Gewerkschaften und NGO Holcim auch in Lateinamerika, gezielt und systematisch vertraglich abgesicherte Angestellte durch Leiharbeiter zu ersetzen, um so die Löhne zu senken.

In Guatemala hat sich ein Konflikt mit der einheimischen Bevölkerung entzündet. Holcim ist dort mit zwanzig Prozent an der Zementfirma «Cementos Progreso» beteiligt und hat wahrscheinlich den bestimmenden Einfluss auf das Management. Die indigene Bevölkerung wehrt sich gegen ein geplantes neues Zementwerk und beschuldigt die Firma, gegen die Mitspracherechte der dort ansässigen Bevölkerung gemäss ILO-Konventionen zu verstossen. Wiederholt sind bewaffnete Gruppen, die teilweise als Holcim-Arbeiter identifiziert wurden, gegen die indigenen Gemeinden vorgegangen.

Indien – Langer Kampf für faire Anstellungen bei Holcim

Der Konflikt in den indischen Zementwerken ist nicht neu. Seit über zwanzig Jahren kämpfen die Temporärarbeiter, die sich in der Gewerkschaft Pragatisheel Cement Shramik Sangh (PCSS) zusammengeschlossen haben, für feste Arbeitsverträge. Denn von den rund 1200 Arbeitern bei ACC-Holcim in der Stadt Jamul sind bloss 300 fest angestellt. Die restlichen haben Leiharbeitsverträge bei Drittfirmen, einige seit Jahrzehnten. Mit umgerechnet 2,17 US-Dollar Lohn pro Tag verdienen sie drei Mal weniger als die Festangestellten. Diese

Praxis ist nicht legal, weshalb die Gewerkschaft seit fast zehn Jahren im Rechtsstreit mit dem Zementunternehmen steht. Ein tripartites Abkommen zwischen Zementherstellern, Gewerkschaften und Regierung verbietet nämlich seit 1978 solche Temporärarbeit oder Leiharbeit bei der Herstellung von Zement. Zugelassen ist Temporärarbeit lediglich bei den Verladearbeiten von Rohmaterial, und auch hier müssen die Arbeiter den gleichen Lohn erhalten wie Festangestellte. Trotz diesem Abkommen sind im Bundesstaat Chhattisgarh, wo sich wegen der grossen Kalkvorkommen die Zementproduktion immer mehr ausdehnt, geschätzte siebenzig Prozent der Arbeiter im Zementsektor via Drittfirmen angestellt. Vor fünf Jahren entschied das Industriegericht von Chhattisgarh, dass die Leiharbeit bei der Firma ACC auf Scheinverträgen basiere und die Arbeiter fest angestellt werden müssten. Ebenfalls müssten Arbeiter, die während des mehrjährigen Rechtsstreits entlassen worden waren, wieder eingestellt werden. Das Unternehmen ACC, das in der Zwischenzeit in die Hände des Zementriesen Holcim gelangt war, focht den Entscheid an. Nun hat im vergangenen März das Oberste Gericht von Chhattisgarh das erstinstanzliche Urteil bestätigt und festgehalten, dass es sich bei den Leiharbeitsverträgen um Scheinverträge handelt. Das Urteil ist bedeutsam, hält es doch fest, dass der Schweizer Multi eine unfaire Anstellungspolitik betreibt, indem er diejenigen seiner Arbeiter zusätzlich ausbeutet, die bereits am wenigsten verdienen. ACC-Holcim weigert sich jedoch, das Gerichtsurteil anzuerkennen und zieht den Rechtsstreit weiter in die Länge.

Auch in anderen Bereichen unterläuft Holcim das indische Rechtssystem. Dafür wurde der Konzern im Jahr 2008 für den Schmähpriis «Public Eye Award» nominiert. Kritisiert wird insbesondere, dass die Firma bei der Akquisition von Land die gesetzlich vorgeschriebene «Rehabilitation and Resettlement Policy» umgeht, welche die finanzielle Entschädigung der Bauern und ihr Recht auf eine Anstellung regelt. Hinzu kommt, dass die Bauern und Bäuerinnen wegen der Zementindustrie mit einer bedrohlichen Wasserknappheit konfrontiert sind, seit das Wasser, das sie für die Bewässerung ihrer Felder benötigen, in die Industrie umgeleitet wird.

Um die Gewerkschaft der Temporärarbeiter in ihrem Kampf für reguläre Anstellungen zu unterstützen, muss auch in der Schweiz Druck auf den Zementmulti ausgeübt werden. Deshalb wird der SOLIFONDS zusammen mit der Plattform MultiWatch – und in engem Kontakt mit der Unia, den internationalen Gewerkschaften der Bau- und Holzarbeiter (BWI)

Kriminalisierung des Widerstands gegen Holcim

Am 18. Mai wurde Bhagwati Sahu, Vertreter einer Bauernorganisation, die sich gegen die Ausdehnung des Holcim-Ambuja-Betriebs in Ravan wehrt, verhaftet. Ihm wird vorgeworfen, ein Mitglied des Sicherheitsdiensts des Betriebs angegriffen und beraubt zu haben – zu einem Zeitpunkt, wo er erwiesenermassen woanders war. Dies ist ein Beispiel, wie der Widerstand der Arbeiter und Bauern kriminalisiert wird. Die Bauernbewegung prangert an, dass sich Holcim immer mehr auf ihr Weideland ausdehnt. In ihrem Kampf hat sich die Bewegung mit den Leiharbeitern zusammengeschlossen.



Harte Arbeit zu schlechten Löhnen in der boomenden Zementindustrie in Indien. Foto: Businessline

sowie der Chemie- und Minenarbeiter (ICEM) – in einer Solidaritätskampagne über die Situation der Leiharbeiter informieren und den Konzern auffordern, den Gerichtsurteilen Folge zu leisten. Dies ist auch im Sinn der Gewerkschaft PCSS: «Macht eine Kampagne bei euch», schrieb sie uns. «Dies ist eine grosse Unterstützung für unseren Kampf.»

Pakistan – Schiffe abwracken und das Leben riskieren



Arbeiter in der Schiffabrackung arbeiten unter extrem prekären Bedingungen. Foto: REUTERS/Amit Dave

Die Arbeiter der Schiffabwrack-Werften an den südasiatischen Stränden gehören zu den am stärksten ausgebeuteten Arbeitern. In Pakistan versuchen sie seit längerer Zeit, eine Gewerkschaft zu bilden, werden aber dabei auf alle möglichen Arten behindert.

Der Hintergrund: Ausgemusterte Frachter werden meist nach Südasiens gefahren. Die tonnenschweren Schiffe laufen auf die Strände von Chittagong in Bangladesh, Alang in Indien oder Gadani in Pakistan auf, wo sie in harter Arbeit – und ohne die für die Demontage nötige Infrastruktur – abgewrackt werden. Für die Schiffbesitzer ist das ein gutes Geschäft: Pro Tonne Stahl zahlen die Unternehmer für Schiffabwrackung in Asien bis zu zehn Mal so viel wie ein Schiff-Rezyklierer in Europa.

Im pakistanischen Gadani, 45 Kilometer von Karachi gelegen, arbeiten rund 15'000 Menschen in der Abwrackung von Schiffen. An einem zehn Kilometer langen Strand befinden sich 132 Parzellen, wo die Schiffe auf

den Sand auflaufen. Die Arbeiter, die die Frachter in Einzelteile zerlegen, arbeiten unter härtesten Bedingungen. «Wir sprechen von sklavenähnlicher Arbeit: immer weniger Lohn für lange Arbeitstage, null Sicherheitsmassnahmen, keine Gesundheitseinrichtungen, kein Trinkwasser, keine richtigen Unterkünfte», schreibt Nasir Mansoor vom pakistanischen Gewerkschaftsdachverband (National Trade Union Federation NTUF). Hinzu kommt, dass die Unternehmer im Fall von Unfällen keine Entschädigungen bezahlen. Und zu solchen Unfällen kommt es allzu häufig: Im ersten Halbjahr 2010 starben bei der Schiffabwrackung in Gadani über 21 Arbeiter bei Arbeitsunfällen, 300 wurden schwer verletzt. Als nach einem Unfall, der jüngst geschah, keine Rettungskräfte da waren, wurde der Verunglückte mit einem Lastwagen zum nächsten Spital gefahren – mehr als drei Stunden von den Abwrack-Werften entfernt.

Auch die Internationale Arbeitsorganisation ILO hat die Schiffdemontage an den Stränden in Südasiens zu einer der gefährlichsten Arbeiten erklärt. Täglich geschehen schwere Unfälle, die zum Tod oder zur Invalidität von Arbeitern führen, wenn Stahlplatten hinunterfallen oder durch die Arbeit mit Schneidbrennern Ölreste explodieren. Weiter sind die Arbeiter Giftstoffen ausgesetzt, wie etwa Asbest, Schwermetallen oder giftigen Dämpfen. Denn mit den ausgedienten Schiffen exportieren die europäischen Reedereien – darunter auch solche mit Sitz in der Schweiz – grosse Mengen Giftmüll an die südasiatischen Strände. Seit längerem sind die pakistanischen Schiffabwrack-Arbeiter daran, sich zu organisieren. Vor zwei Jahren gründeten sie eine Gewerkschaft und liessen sie registrieren. Die Unternehmer der Abwrack-Werften machten in der Folge ihren Einfluss bei den Behörden geltend und erreichten mittels Schmiergeldzahlungen, dass die Registrierung wieder gelöscht wurde. Proteste von Arbeitern, die ihre Rechte einfordern, werden von Polizei und Sicherheitskräften der Werften niedergeknüppelt. Alle möglichen Taktiken werden angewendet, um die Bildung einer Gewerkschaft zu behindern.

Der pakistanische Gewerkschaftsbund NTUF hat deshalb den SOLIFONDS um Unterstützung gebeten. In den kommenden Monaten plant er zusammen mit den Schiffabwrack-Arbeitern eine verstärkte regionale und nationale Kampagne für die Organisation der Arbeiter und für die Anerkennung ihrer Gewerkschaft.

Schiffe können auch sozial und ökologisch entsorgt werden.

In den letzten Jahren wurden durchschnittlich 600 Schiffe pro Jahr in Asien abgewrackt. In den kommenden Jahren wird diese Zahl um einiges höher ausfallen, denn auf den Weltmeeren sind die einwandigen Öltanker – die grosse Mehrzahl – nicht mehr zugelassen.

All diese Schiffe könnten unter sicheren Arbeitsbedingungen und auf ökologisch vertretbare Art demoliert werden, was zudem gute Arbeitsplätze schaffen würde, stellt die von Umwelt- und Arbeitsrechtsorganisationen gegründete «Shipbreaking Platform» fest. Doch «die Mehrheit der Schiffbesitzer ist nur daran interessiert, ihre Profite zu maximieren und verkauft deshalb die ausgedienten Schiffe an Abwrack-Firmen in Ländern, wo es nur schwache Umweltgesetze und Arbeitsrechte gibt, oder diese schlicht nicht existieren».

Die Plattform hat aufgelistet, wie es auch sozial und ökologisch ginge:

1. **Die Organisation in Gewerkschaften** ermöglicht es den Arbeitern, gute und gesunde Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.
2. **Entgiftung.** Bevor die Schiffe abgewrackt werden, müssen die giftigen Gase und toxischen Materialien sauber entfernt werden.
3. **Umweltschutz.** Schiffe dürfen nur in einer sicheren Umgebung abgewrackt werden und nicht auf dem offenen Strand wie in Asien.
4. **Abwrackfonds.** Damit die hohen Kosten für den Rückbau der Schiffe nicht externalisiert werden, muss ein Fonds von den Schiffseignern gespiessen werden, der dafür aufkommt.
5. **Saubere Schiffe.** Während Revisionen und vor allem im Neubau sollen nur umweltgerechte Materialien verwendet werden.
6. **Verschärfte internationale Gesetze** im Rahmen der UNO und der ILO sollen die unverantwortliche bisherige Abwrackpraxis verhindern.

Eine Selbstverständlichkeit, würde man meinen, doch leider stehen auch hier Profite über Mensch und Umwelt.

Quelle: www.shipbreakingplatform.org

**Danke für ihre Solidarität
mit den Arbeitern
bei Holcim und
in den Abwrackwerften
in Indien und Pakistan!**

«Nicht mehr schweigen – Solidarität!»

Mit diesem Zitat aus Algerien haben wir im März für eine Unterstützungsaktion zu Gunsten der Volksbewegungen in Nordafrika aufgerufen. Entgegen unseren Gewohnheiten konnten wir damals nicht detailliert informieren, wofür unsere Unterstützung gebraucht würde. Der Grund lag darin, dass damals im Maghreb alles in Bewegung war; «on est débordé – es wächst uns über den Kopf», hörten wir von allen Organisationen und Personen, mit denen wir in Kontakt standen. Ein Gesuch zu schreiben, war ihnen unter diesen Umständen nicht möglich.



Inzwischen ist dies geschehen und wir haben einige konkrete Unterstützungen leisten können: So etwa an die unabhängige Gewerkschaft SNAPAP für den Aufbau der «Nationalen Koordination für Demokratie und Wandel – CNCD» in Algerien. Das Frauenkomitee von SNAPAP haben wir für ihre Mobilisierungen für gleiche Rechte und Demokratie am 8. März unterstützt.

Ende März konnte Urs Sekinger als SOLIFONDS-Koordinator an einer gewerkschaftlichen Solidaritätsdelegation nach Tunesien teilnehmen.* Zahlreiche Treffen und intensive Gespräche mit Gewerkschaften, Frauengruppen und Arbeitslosenkomitees machten deutlich, wie eingeschränkt sie bisher agieren mussten. Bis zum 14. Januar verunmöglichte der Unterdrückungsapparat der Ben-Ali-Diktatur praktisch die politische Arbeit der Vorkorganisationen. Mit der Flucht von Ben Ali taten sich plötzlich nicht gekannte Freiheiten und Möglichkeiten auf, sich frei zu äussern oder zu versammeln. Was für uns selbstverständlich tönt, ist – nach Jahrzehnten der Diktatur – für die



Demonstrierende Arbeitslose in Tunesien, eine eindeutige Botschaft: «chômage dégage – Arbeitslosigkeit hau ab!»
Fotos: Stéphane Enjalran

Volksorganisationen bis heute eine enorme Herausforderung. Ausserdem fehlen den Organisationen die finanziellen Mittel, gerade jetzt, wo es um die Zukunft der Revolution geht.

Hier konnte der SOLIFONDS einspringen: Mit einigen Tausend Franken unterstützte er die «Vereinigung der diplomierten Arbeitslosen – UDC». Diese Bewegung spielte während der ganzen Umsturzphase eine zentrale Rolle und hat wesentlich zum Sturz von Ben Ali und der ersten Übergangsregierung beigetragen. Dank unserer Unterstützung konnte die UDC am 1. Mai erstmals breit mobilisieren: Aus dem ganzen Land reisten Delegationen an, demonstrierten für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Arbeitsplätze und konnten gemeinsam die weiteren Aktivitäten der UDC planen.

In Tunesien werden die dringend benötigten Arbeitsplätze – eine der zentralen Forderungen der UDC – nicht geschaffen, wenn es nicht zu einer völlig neuen Ausrichtung der Wirtschaft im Interesse der Bevölkerung kommt. Für eine eigenständige Wirtschaftspolitik in diesem Sinne setzt sich der «Zusammenschluss für eine internationale alternative Entwicklung – RAID» ein. Als ersten Schritt lancierte RAID im Februar eine internationale Kampagne zur Streichung der illegitimen, weil von der Ben-Ali-Diktatur verursachten, Auslandschulden. RAID hat sich zum Ziel gesetzt, die Informationen zur Schuldenfrage und die Forderung nach Schuldenstreichung in diesen Monaten landesweit unter der tunesischen Bevölkerung bekannt zu machen. Damit soll die Forderung nach einer anderen Wirtschaft in dieser Umbruchphase breit abgestützt werden. Auch dafür konnte der SOLIFONDS einen dringend benötigten Beitrag leisten.

* Die Berichte der Reise nach Tunesien von Urs Sekinger (auf deutsch) und der Delegation (auf französisch) finden sich unter www.solifonds.ch oder können beim SOLIFONDS bestellt werden.

Proteste, Streiks, Sit-Ins – Algerien ist in Bewegung

Fernab vom Interesse der Mainstream-Medien finden in Algerien ununterbrochen soziale Protestaktionen statt. Am 20. März begannen die temporär angestellten Lehrkräfte ein Sit-in gegenüber dem Präsidentenpalast. Sie hatten genug von den leeren Versprechungen des Erziehungsministers und kündigten an, die Protestaktion erst aufzuheben, wenn der Staatspräsident ihre Forderungen nach festen Anstellungsverhältnissen bestätige. Ende April war dieses Ziel weitgehend erreicht. Ein Erfolg für die unabhängige Gewerkschaft der öffentlichen Dienste SNAPAP.

Am 9. Mai traten die öffentlichen Gemeindeangestellten, organisiert von SNAPAP, in einen unbefristeten Streik. In rund tausend Gemeinden liegt seither die öffentliche Administration lahm. Die Streikenden fordern einen Lohn, der zum Leben reicht.

Mit Streiks und Protestaktionen sind auch die staatlichen Unternehmen für Energie SONATRACH sowie Gas SONALGAZ konfrontiert. Und Mitte Mai legten ÄrztInnen und Angestellte im Gesundheitsbereich ihre Arbeit nieder.

Derweil ist bei der Gewerkschaft der Angestellten der Fluggesellschaft Air Algérie Feuer im Dach. Die Angestellten drohen mit Streik, sollte der regierungskontrollierte Gewerkschaftsbund UGTA ihre demokratisch gewählten Organe nicht anerkennen und der Generaldirektor die Restrukturierungspläne weiterverfolgen, ohne mit den ArbeiterrInnen zu sprechen.

Die Regierung zeigt eine minimale Gesprächsbereitschaft, grundsätzlich aber versucht sie die Proteste mit Gewalt zu ersticken. Versammlungen von Arbeitslosenkomitees werden niedergeknüpelt, Gewerkschaftsbüros verwüstet und die Computer konfisziert. Auch auf Individuen wird Druck ausgeübt. Am 19. April verschwand in Oran Ahmed Keroumi, Dozent an der Universität und Mitglied der lokalen Koordination für Demokratie und Wandel CNCD. Fünf Tage später wurde er tot aufgefunden, bis heute sind die Umstände nicht geklärt.

Trotz der Repression: Algerien bleibt in Bewegung und es wird bald zu grundlegenden Veränderungen kommen, davon ist die unabhängige Gewerkschaft SNAPAP überzeugt.

Impressum:

Herausgeberin: Stiftung «Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt»
Redaktion: Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann
Druck: printoset, Zürich